

AAA 478

Stüve über die gegenwärtige Lage, 04.04.1832

Seite 89 r

Von Sir J. Beynett
vertraul. mitgetheilt

Ew Wohlgeboren

verfehle ich nicht, mit größtem Vergnügen meine Ansicht über die gegenwärtige Lage unseres Landes mitzutheilen.

Sie werden auch ohne mein Erinnern gesehen haben, daß bei uns, wie durch ganz Deutschland, zwei Hauptpartheien sich finden, die Eine, die alles beim Alten lassen möchte, die andere, die da meint, in einer gänzlichen Umwandlung allein Hülfe zu finden.

Die große Masse der Leute steht zwischen beiden, fordert Besserung ihrer zum größten Theil höchst beklagenswerthen Lage, und wird sich, wenn nicht mit großer Thätigkeit daran gearbeitet wird, ihr diese zu verschaffen, durchaus der letzten Parthei zuwenden. – Das Nothwendige zu diesem Zwecke zu thun, ist schwer; theils, weil die Menschen Dinge

Dinge verlangen, die durch die Constitutions-Arbeit nicht vorbereitet, und deshalb aufgehalten werden, so lange diese nicht beendet ist; theils, weil in der That dem Elende vieler Menschen, insbesondere der städtischen Gewerbe, gar nicht aufgeholfen werden kann, so lange die inneren Verhältnisse Deutschlands in der heillosen Verwirrung bleiben, die seit 1818 immer tiefer eingerissen ist. Das preußische Gränz-Zoll-System kann nicht fort dauern, ohne Deutschland zu verderben, und ich sehe nicht, wie es zweckmäßig gehoben werden könne, ohne entweder die kleineren Staaten von Preußen ganz abhängig zu machen, oder den deutschen Bund auf ganz andere Basis zu bringen. – Das ist aber gewiß, je länger man hier mir der Hülfe zaudert, desto näher rückt der Zeitpunkt heran, wo wir uns Preußen auf Diskretion in die Arme werfen müssen. Wir haben schon 4 Jahre versäumt, in denen

denen nichts hätte geschehen sollen. –
Verzeihen Sie, daß ich mich hier verbreite. Aber diese Dinge werden allgemein sehr gefühlt, und der Drang nach Deutschlands Einheit, das Geschrei gegen die Bundes-Verfassung – d.h. – eigentlich nur der Wunsch besserer Einrichtungen – ist seit einem Jahre, wo man fast nicht daran dachte, un-
gemein laut geworden.

Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so erwarten die Gewerbe Beschäftigung, die ihnen fehlt; ihnen wäre nur durch jene Maaßregeln zu helfen. Der Bauer treibt auf Befreiung vom Gutsherrlichen Verbande, zu welcher Maaßregel man zu spät geschritten ist, und welche man jetzt lahm, und zögernd ausführt. Darüber ist das Landvolk hier wenigstens sehr aufgeregt. Eben so fordern sie Gleichheit im Gemeinde-We-
sen, besonders Aufhebung der Exemtionen. Ist jene erstere mehr Regierungs-Sache, so ist das

das letztere ganz von der Verfassungs-Urkunde abhängig. – Mit dieser, wie sie entworfen war, ist man sehr schlecht zufrieden gewesen. Manches wurde ohne Grund getadelt; anderes mit sehr gutem Grunde. Die Commission hat vieles geändert; allein es ist sehr zu erwarten, daß der Landtag mit den Aenderungen nicht zufrieden seyn werde. Auf jeden Fall ist zu beklagen, daß die Nothwendigkeit, so vieles zu bestreiten, die Commission volle 3 Monathe hat währen lassen; eine Zeit, in welcher das Verhältniß der beiden Kammern gegen einander merklich besser, das zur Regierung um vieles schlimmer geworden zu seyn scheint, da man namentlich von dem präsidiirenden Minister viel mehr gehofft hatte, als sich zeigte, daß er zu leisten vermöge. – Die Composition der Kammern hat ungemeinen Widerspruch erregt. Manches lässt sich für den Plan

Plan der Regierung sagen; allein die sichere Aussicht, daß die erste Kammer jederzeit nur eine – höchstens der Regierung dienende – Adelskammer seyn und deshalb die Repräsentation der Ritterschaften in der zweiten Kammer den Einfluß des Adels verdoppeln werde, hat obgesiegt. Ich glaube, daß sie im Lande allgemein vorherrscht, und daß man lieber das alte mit Modificationen behält, als diese Einrichtung, die auch vorher kein Mensch gefordert hatte. Die Stifter hätte man auf keinen Fall aufnehmen sollen. – Sehr viele werden übrigens der Meinung seyn, daß eine Repräsentation in Einer Kammer vorzuziehen sey, und das Land würde, glaube ich, von dieser Meinung sehr leicht gänzlich eingenommen werden. – Die Frage wegen der Finanzen ist ebenfalls ein sehr schwieriger Punkt gewesen. Der Entwurf war darauf

darauf berechnet, den Ständen das Bewilligungs-Recht zu nehmen, das sie bislang besessen. Dies wird niemals den Beifall des Landtags erhalten; selbst die Vorschläge der Commission würden dort zu Schwach scheinen, und sind es auch wohl. – da im allgemeinen die Lage der Finanzen ungünstig ist, indem kein deutsches Land ein so großes Budget hat, wie unser von der Natur stiefmütterlich behandeltes Königreich; da namentlich die Civil-Staats-Dienerschaft in einem unerhörten Grade kostbar, und das Ministerium schwer zu kräftiger Ersparniß bei offenbarem Deficit zu bewegen ist, da die Domanial-Finanzen in den letzten Jahren durch den Mangel an Umsicht, mit dem man verderbliche Anleihen contrahirt hat, noch mehr verschlimmert sind: so wird auf diesen Punkt doppeltes Gewicht gelegt. Eben dadurch erschwert sich denn auch die Frage über die Dotation der Krone: Soll jetzt die geforderte Summe erfolgen

erfolgen, so wird das jährliche sichere Deficit der Domainen auf 250/m rh oder etwa 1/16 der Einnahmen gebracht, und die großmüthigen Erbiethungen Sr Majestät in dieser Beziehung sichern um so weniger, da nach dessen Tode zu der vollen Last noch die Erbauung, und Einrichtung der Schlösser, Apanagen u.s.w. hinzukommen. Man kann mit Sicherheit vorhersehen, daß der meiste Widerstand theils in guter, theils in böser Absicht gerade gegen diesen Punkt gerichtet seyn werde. Jenes, weil gerade durch die Vermehrung des Kronetats auch das Deficit der Domainen um ebensoviele vermehrt wird; dieses, weil man glaubt, daß es kein besseres Mittel gebe, die ganze Sache zu stürzen, was von den Ultras beider Seiten gewünscht werden möchte. –

Was sonst die Summe der Dotation betrifft, so ist selbige zu hoch, wenn man erwägt, daß die Mittel dazu nicht vorhanden sind, und wenn man sie mit der größerer Staaten vergleicht; nicht gerade zu hoch nach

nach dem Verhältniß der freilich in dieser Beziehung durchgehends sehr belasteten größeren deutschen Staaten. – Wichtiger noch als die Summe ist aber die Art, und Weise der Ausmittelung. Der König will 500/m in Grundeigenthum. Dieser Plan ist für den König aber so gefährlich, als für das Land. Für den König, weil er 1. eine ausgedehnte Administration führen muss, was ihn belästigt; weil er 2. diese nicht führen kann, wie der Privatmann, wodurch er verkürzt wird; 3. weil eine unzweckmäßige Verwaltung auf lange Zeit die Einkünfte verringern kann; 4. weil bei einem auf die volle Einnahme begründeten Ausgabe-etat Ein Mißjahr, wie 1816, 1820 auf lange Zeit den Haushalt völlig zer-rütten kann. Daraus wird dann 5. folgen, daß durch Bedrückungen der Zahlenden die Lücke gefüllt werde; und diese werden ein _____ nicht auf die Regierung, sondern auf die Person des Königs werfen; nicht zu vertreten. 6.

6. daß es gefährlich, und vielleicht Plan ist, den König persönlich mit den Interessen der großen Grundbesitzer so in Beziehung zu bringen, daß er dieselben ohne den größten persönlichen Nachtheil nicht aufgeben kann. – Für das Land aber ist der Plan erforderlich: 1. weil jederzeit die Vermuthung dafür spricht, daß der König in Verlegenheit kommen werde, wo denn doch das Land die Folgen jeder verschwenderischen, oder unglücklichen Verwaltung zu tragen hat; 2. weil es unmöglich ist, einen Complex von solcher Größe mit einiger Zuverlässigkeit auszumitteln, ein Irrthum von 10 p.C. mehr, oder weniger wird wahrlich gering seyn. Alle Vermuthung steht hier aber für den König. 3. Dem Lande bliebe der schlechteste Theil der Domainen mit verhältnißmäßig ungeheuren Administrations-Kosten, die um so drückender sind, je schlechter die zu verwaltenden Intraden, die nothwendig reducirt werden müssen, und am schwersten reducirt werden können.

können, wenn jene Theilung geschieht; 4. überhaupt wird, wenn man die bisherigen übertriebenen Verwaltungs-Kosten bei der Abschätzung der Krondotation zum Grunde legt, der Verlust des Landes weit über 500/m hinausgehen. – Die Verwaltung dieses Complexes wird, das kann ich behaupten, 2-300,000 Kosten nach jetzigem Fuße bei diesem ungeheuren Bau- und Wasserbau-etat tragen; also der Rohertrag um die Hälfte größer seyn müssen, als der geforderte Reinertrag. Ich will anderen Bedenken nicht Erwähnung thun; nur das eine noch, daß eine Civilliste von mehr als 600,000 rh außer Landes verwendet dem Wohlstande des Königreiches den härtesten Stoß beibringen müßte. Gewiß liegt hier Stoff genug zu anscheinender Opposition, um sich Befürchtungen hinzugeben, und ich wünschte nichts mehr, als daß man etwas thäte, um solcher Opposition zuvorzukommen. Ersparniß ist das erste, das aber scheint die Regierung noch gar nicht bedacht zu haben. Dann

Dann Herabsetzung der feststehenden Summe der Krondotation; wenn nicht gänzlich, doch theilweises Aufgeben der Radicirung auf Grund, und Boden, Zusicherung über Verwandlung in Lande, das sind Dinge, wodurch ungemein viel gewonnen werden könnte.

Entschuldigen Sie, daß ich mich über einen Gegenstand verbreite, der mir vor allem am Herzen liegt. Ich sehe ein, daß das Schicksal des Grundgesetzes hier an einem seidenen Faden hängt; und wenn ich gleich der Ansicht bin, daß das Grundgesetz keineswegs an, und für sich unerläßlich sey zum Wohl des Landes: so bin ich doch fest überzeugt, daß gar keine Regierung möglich ist, wenn nicht dasselbe durchgesetzt wird, so wie die Sachen jetzt stehen. Die anarchistische Parthei würde ein ungeheures Geschrei erheben, und fast die ganze Bevölkerung auf den höchsten Grad der Unzufriedenheit treiben, und ich habe Grund zu glauben, daß manche von diesen Leuten, die überhaupt nur Grund zum Tadeln, und Schmähen suchen

suchen, recht gern hören, daß dieses ihnen doch nicht genügende Grundgesetz fiele. – Eben so gewiß würde die Hartnäckigkeit des Adels steigen, und wie diese Partheien gegen einander treten, mit welcher Erbitterung sie sich betrachten, dessen hat man in Hannover gar keine Ahnung. Sie werden hier selbst Gelegenheit gehabt haben, über diese Stimmung Erfahrungen einzusammeln. Was soll aber aus diesem steigenden Widerwillen folgen? –

Ein nicht geringeres Uebel ist die Schwäche der Regierung. Man ist so lange unthätig gewesen, hat so unendlich viel dringendes sich anhäufen lassen, daß auch die größte Kraft kaum durchkommen würde. Statt dieser Kraft aber haben wir eine unerhörte Schwäche in der Regierung. So schiebt man das dringendste auf, und tröstet mit dem Staats-Grund-Gesetze.
Erst

Erst, wenn dieses da ist, werden die weiteren an sich viel unmittelbarer dringenden Arbeiten folgen können. Man hofft vielleicht auch davon zu viel, wenn nicht andere Menschen ans Ruder kommen. Denn jetzt werden diejenigen, die können, und wollen (z.B. H. Geh. C. R. Rose) durch den Widerstand so vieler anderer, die nicht können, und auch wohl nicht wollen, gelähmt.

Sehr viel kommt auf den nächsten Landtag an; und wie die Wahlen ausfallen, ist schwer abzusehen; wir erhalten sehr viele neue Leute, die Regierung aber wird dadurch nicht gewinnen, vielleicht auch die Verhandlungen selbst nicht. Man hätte im vorigen Herbste, und Winter nicht soviel Zeit mit unnützen Berathungen tödten, sondern handeln sollen; dann wären wir in besserer Lage. Allein die Zeit ist dahin, und

und leider scheint auch jetzt noch nicht gefühlt zu werden, daß Zeit verloren alles verloren ist.

Das größte Uebel ist immer, daß die Regierung fortwährend Propositionen macht, die selbst dem gemäßigten Theile der Versammlung nicht genügen, ja von denen sie selbst zurücktritt, und daß sie dadurch die Stimmung immer mehr verdirbt.

Daß Graf Münster zu Hannover eine bedeutende Rolle spielen werde, glaube ich nicht.

Wenn er in der ersten Cammer sich in die Opposition wärfe, so würde er gewiß gescheite Anhänger finden. z.B. H. Gen. Feldzeugmeister v.d. Decken, Geh. Rath v. Schele u.s.w.

Allein was wollte er erreichen? Ohne Zweifel würde er gegen seine Person, und seine unendlich vielen Schwächen einen so erbitterten Widerstand hervorrufen, daß er dadurch nur verlieren könnte. Vielleicht wird er zum Landtage kommen.

kommen. Manche waren in Hannover der Meinung, er werde Opposition versuchen. Sehr unterrichtete Männer haben auch versichert, er werde es nicht thun. Uebrigens hat er über den Entwurf des Grundgesetzes geäußert: „Wie würden sich die Leute freuen, wenn ich einen solchen Entwurf gemacht hätte!“ und: „Falcke (der krank von London kam) sey mit einer schwachen Constitution zurückgekommen. Ein Calenbourg, der allen Partheien gefiel.-

Das sind meine Ansichten, die ich oft genug offen ausgesprochen habe, um solche Ew. Wohlgeboren zu völlig freier Disposition zu stellen. Meine Hoffnung eines günstigen Ausgangs aller dieser Dinge ist seit einem Jahre sehr gesunken. Damals glaubte ich, daß wirklich nur Kräfte in die Regierung gekommen seyen, die jene alten Uebelstände, Leute, die unendliches Geld kosten, um die Pferde hinter den Wagen zu spannen, unschädlich machen würden.

Aber

Seite 96 v

Aber H.v. Schulte hat in der Commission über das Staatsgrundgesetz diese Hoffnung sehr wenig gerechtfertigt; und H. v. d. Wisch, der durchaus ein achtungswerther Mann zu seyn scheint, ist doch durch seine Pünktlichkeit, und durch die schwierige Aufgabe, die ihm gestellt ist, so wie durch die Menschen, mit denen er zu arbeiten hat, außer stande, das Nöthige zu thun. Ich will kein Gewicht darauf legen, daß seine theoretischen Grundsätze über Gewerbe-freiheit & _____ mir irrig scheinen.

Mit vollkommenster Hochachtung empfehle ich mich

Ew Wohlgeboren

gehorsamst
Stüve

Osnabrück
den 4^{ten} April 1832
Sr. Wohlgeboren